

# Parallelfall Bildungswesen

IMMER WIEDER IST AUF DIE INNERE VERWANDTSCHAFT DES MEDIENWESENS MIT DEM BILDUNGSSYSTEM HINGEWIESEN WORDEN. VIELE MEDIENSCHAFFENDE KOMMEN VON LEHRBERUFEN. JOURNALIST UND LEHRER SIND TRADITIONELL ÖFFENTLICHE FIGUREN. UND HEUTE SIND BEIDE WELTEN MIT DEM MARKT EBENSO KONFRONTIERT WIE MIT SPARZWÄNGEN UND EFFIZIENZDRUCK.

*Rolf Käppeli*

Was haben Schulen und Medien gemeinsam? Was hat der Journalist mit der Lehrkraft am Hut? – Die naheliegenden Antworten tönen einfach: Beide, Schulen und Medien, vermitteln Wissen, beide beeinflussen Werte und setzen Normen, beide steuern Verhalten – landesweit, in allen Bevölkerungsschichten, nachhaltig. Schulen und Medien tragen beide den Charakter des Vermittelnden, das allem Kulturellen eignet. So gesehen kennt die moderne Lehrkraft die Probleme des Journalisten und umgekehrt: Informationen geschickt und verständlich aufarbeiten, Meinungen aufeinander prallen lassen, Hintergründe ausleuchten, das alles gehört zum Metier beider Berufe. Die technische Entwicklung der Medienwelt und die Möglichkeiten im Umgang mit dem Computer rücken die beiden Berufe einander sogar noch näher. Wissen und Kenntnis sind über viele Kanäle erhältlich, multimedial zugänglich, per Radio, Fernsehen, Video, Internet, Film, Zeitschriften, Zeitungen, vor allem auch für Kinder und Jugendliche. Die Informationsflut ruft in der Schule nach Verfahren, die dem Redaktor und Journalisten tägliches Brot sind: Auswählen und Recherchieren. Es ist interessant zu sehen, wie das Lehrerbild sich in diesen Jahren verändert. Die allwissende Lehrkraft, was immer man darunter verstand, ist längst gestorben. Recherchierverhalten, Nachfragen, Fachleute ins Gespräch bringen, Moderieren, das alles sind Fertigkeiten, Medienleuten längst bekannt, die vermehrt auch zum Fähigkeitsprofil von Lehrkräften gehören. Natürlich deckt diese Übereinstimmung nur Teile des Berufsprofils ab, sonst wären es ja die gleichen Berufe. Für unsere Frage, welche Parallelen zwischen der aktuellen Bildungspolitik und der politischen Medienentwicklung auszumachen sind, können die paar grundsätzlichen Beobachtungen vielleicht hilfreich sein.

Gibt es Parallelen? Ja und nein. Verwandtschaften sind nicht nur in der Relevanz weltanschaulich-ideologischer Sensibilität und Ausrichtung auszumachen. Lehrpersonen kennen die Probleme des *Infotainments* genauso wie Medienleute: Vergnügungsparks, Abenteuerreisen, Spielzeuggigantismus, die Freizeitindustrie überhaupt, sie hinterlassen deutliche Spuren in den Klassenzimmern, im Unterhaltungsanspruch der Lernenden und in der Verunsicherung der Lehrkräfte.

Lehrberufe nähern sich den Medienberufen an

Infotainment in der Schule wie in den Medien

## Akzent: Zukunft des Service public

Die öffentliche Diskussion um die Liberalisierung und Deregulierung im Bildungswesen erreichte in der Schweiz einen *Höhepunkt in den Jahren 1993 bis 1995*. Die NZZ brachte eine mehrteilige Artikelserie zum Thema "Schule zwischen Markt und Staat", die Wirtschaftszeitung Cash behauptete am 25. März 1994, die Privatisierung der Schulen führe nachweislich zu einem besseren und kostengünstigeren Bildungswesen. Kronzeuge war der Berner *Thomas Straubhaar*, Professor am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität der Bundeswehr in Hamburg. Das Schweizer Fernsehen konfrontierte darauf den Cheftheoretiker des Dachverbandes Schweizer Lehrerinnen und Lehrer, *Anton Strittmatter*, mit dem bildungspolitischen Berner Nestbeschmutzer. Am 1. September 1995 widersetzte sich die WochenZeitung (WoZ) der "Mär von der effizienten Schule": Die Diskussion um die schlanke, managementzentrierte Schule, schrieb die WoZ, werde von Ökonomen beherrscht – was eine effiziente Schule aber sei, werde nirgendwo präzisiert. Es wäre tatsächlich ein nützlicher Versuch, eine *effiziente* Schule genau zu umschreiben, aufschlussreich und ernüchternd zugleich. In der Medienwissenschaft ist die Wirkungsforschung (wenn auch in Teilen umstritten) längst ein wichtiger, professionell geführter Zweig, der einen unübersehbaren Einfluss auf die Entwicklung der Medien hat. Das Gleiche lässt sich für den Bildungsbereich kaum sagen, auch wenn da ebenfalls eine Wirkungsforschung existiert.

Medienwirksame Diskussion um Privatisierung der Schulen

Seit einigen Jahren begegnet man der Definition, was eine *gute* Schule sei: Schulhäuser sollen sich, heisst es, ein pädagogisches Profil geben. Dazu brauchen sie Ziele und ein Leitbild. Die Zusammenarbeit aller an der Schule Beteiligten funktioniert gut. Schülerinnen und Schüler werden geführt und erzogen, ethische Werte und fundierte Bildung vermittelt. Eine moderne Schule hat die Fähigkeit zur Selbstevaluation, sie entwickelt sich selbst und überprüft diese Entwicklung. Sie kennt einen erweiterten Leistungsbegriff: auf der Ebene der SchülerInnen, der Lehrkräfte und der Behörden. Angestrebt wird eine gesamthafte und ganzheitliche Bildung; entsprechend soll die Beurteilung sein. Vom *Service public* ist explizit kaum mehr etwas übrig.

Was ist eine effiziente Schule?

Was ist eine gute Schule?

Vielleicht liegt im Wandel des *Leistungsbegriffs* ein wichtigster Vergleichspunkt zwischen Medien und Schule. Es wird kritisiert, dass sich unsere Schule von der *Volksschule* zur *Leistungsschule* hin entwickle. Die bildungspolitisch wichtigste Errungenschaft im letzten Jahrhundert, das Öffentliche der Schule, trete je länger je mehr in den Hintergrund. Das Konkurrenzdenken dränge die Idee der Gemeinschaft ins Abseits. Ich teile diese Ansicht nicht. Zwar hat die staatsbildende und staatstragende Funktion der Volksschule in der Schweiz in den letzten zwanzig Jahren an Kraft und Legitimität verloren, doch sind an ihre Stelle Postulate der *Teamfähigkeit* und des *Umweltbewusstseins* gerückt. Das ist ein neues Verständnis von *Service public*, das die Gesellschaft und nicht den Staat als leitende Orientierungsgrösse nimmt. Dieser Wertewandel läuft sicher parallel zu Entwicklungen im Medienbereich.

Wandel des Leistungsbegriffs in der Schule

Service public dient der Gesellschaft, nicht dem Staat

Akzentuierter stellt sich die Frage der Privatisierung im dritten Bildungssektor: "Wieviel Staat braucht die Erwachsenenbildung?" fragte man sich, als die Migros-Klubschulen 1994 ihr 50-Jahr-Jubiläum feierten. Keinen, könnte man meinen, wenn man den Publikumserfolg der Migros-Schulen zum Massstab nimmt. Das Leistungspostulat, das sich vornehmlich ans wirtschaftlich Zweckgebundene hält, darf sich hier im Bildungsbereich ohne Scham verwirklichen. Nur vergisst, wer so argumentiert, dass der Migros-Schulerfolg sich auf zwei wichtige Säulen stützt: auf das Kulturprozent und auf unanständig niedrige Löhne. Dennoch kann die staatliche Schule von den Anstrengungen privater schulischer Einrichtungen Wichtiges lernen: Flexibilität zum Beispiel, Abbau von bürokratischen Abläufen, Innovationsbereitschaft, das Bewusstsein um die Vielschichtigkeit des Kundenbegriffs.

Im dritten Bildungssektor ist das Leistungspostulat unbestritten

An Symposien und in grundsätzlichen Papieren war in den vergangenen Jahren oft von Deregulierung und Privatisierung des Schulsystems die Rede. Mit dem Antritt des Zürcher Erziehungsdirektors

Ernst Buschor erfuhr das Zürcher Schulwesen eine Erschütterung. Das *New Public Management* (NPM) sollte, nachdem es im Gesundheitswesen Fuss gefasst hatte, auch die Schulentwicklung im Kanton Zürich prägen. Buschor war und ist kein Einzelfall, er hat seine Reformideen nur etwas unvermittelter als andere auf die Gleise gesetzt. Auch in andern Kantonen ist man daran, das staatliche Schulwesen grundsätzlich zu hinterfragen. Ausgangspunkt war sicher der politische Sparwille. Günstige Begleiterscheinung war und ist, dass die Schwerfälligkeit der staatlichen Schulen im Schulalltag je länger je mehr grosse Führungsunsicherheiten sichtbar macht. Die Forderung, dass die Schulen selbständiger ("teilautonom") werden, dass sie sich ein deutlicheres Gesicht ("Schule mit Profil") geben sollen, dieses grundsätzliche Anliegen wird kaum mehr bestritten – es sei denn, die aktuelle Entwicklungstendenz, die auch eine internationale ist, tangiere wichtige Privilegien der Lehrerschaft oder die Reform offenbare, dass mit dem aufwendigen Milizsystem der Schulpflegen Millionen von Franken "gespart" wurden. Dann kommt es zu bemerkenswerten Bremsmanövern im schulischen Reformzug, das eine Mal von der Lehrer-, das andere Mal von der Behördenseite. Wenn ich richtig sehe, durchzieht eine ähnliche Widersprüchlichkeit das Geschehen in den oberen Medienetagen: Qualitätspostulate im Schaufenster, wirtschaftliche Sparsmassnahmen auf dem Verkaufstisch.

Anders sieht die Sache auf der Bewusstseins-ebene aus. Ein angesehener Schweizer Kommunikationsberater schilderte mir kürzlich folgende Episode: Vor einem Podiumsgespräch habe er mit bedeutenden Lehrervertretern über die Privatisierung der Schulen gesprochen, dabei sei ein anregendes Gespräch entstanden, man sei sehr offen gewesen für neue Argumente. Doch als man dann gemeinsam vor der versammelten Lehrerschaft, den Schulpflegern und Eltern diskutiert habe, seien die gleichen Verbandsleute völlig verstockt in der Defensive gewesen. Man habe kaum ein Argument, das für eine Lockerung des staatlichen Monopols gesprochen habe, öffentlich ernsthaft diskutieren können. Das Doppelböckige der Episode ist bezeichnend. Der staatliche Schulapparat hat der gewählten Lehrerschaft Sicherheit, einen anständigen Lohn und (im Vergleich zu privaten Ausbildungseinrichtungen) relativ viel Freiheit gewährt. Doch viele Lehrpersonen spüren die Enge, in die sie hineingeschlittert sind, respektive die Rasanzen der gesellschaftlichen Entwicklungen rund herum, auf die sie ohne professionelle Führungshilfe, ohne mehr Beweglichkeit nicht reagieren können. Sie wollen ihre Professionalität in geschützten Bahnen führen – und fürchten sich vor (zu) professioneller Führung.

Hier Vergleiche zwischen den beiden Bereichen zu ziehen, erscheint mir schwieriger. Das Gespräch um die aktuelle Schul- und Bildungspolitik hat andere *geschichtliche Voraussetzungen* als das Gespräch um die Medienpolitik. Die freie Presse schaut auf eine längere staats- und kirchenunabhängige Tradition zurück als die Schule (vgl. die vielen Zeitungsgründungen im Anschluss an die Französische Revolution bzw. deren mediengeschichtlicher Einfluss in Europa). Die Schulgeschichte verlief anders. Zwar hatten die Söhne und Töchter reicher Häuser schon immer ihre Privatlehrer, aber die Privatisierung der Bildung in grösserem Stil ist, im Gegensatz zur Presse, erst im 20. Jahrhundert in der Erwachsenenbildung zur Tatsache geworden (vgl. Migros-Klubschule, gewerkschaftliche Schulungen, und die grösseren Ausbildungsinstitute in unserem Land, vor allem aber auch die enorme Entwicklung der firmeneigenen Ausbildungen). Vorher bedeutete der umgekehrte Vorgang den Fortschritt: das Einbinden des Rechts auf Bildung in die staatliche Aufgabe. Darauf beruft sich mit Recht, wer sich heute gegen die Privatisierung der Schule wehrt. Ein Stück sozialer Solidarität ginge verloren. Doch mag ich diesem Argument nur auf der finanziellen Ebene folgen. Chancengleichheit hat das Schulsystem nämlich bei weitem nicht geschafft. Das zeigen leider unzählige Untersuchungen der vergangenen dreissig Jahre. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich auch der historische Vorgang im letzten Jahrhundert nicht als Produkt uneigennütziger Staatspolitik aufgeschlossener demokratischer Bürger. Die Einführung der Schule als *Service public* fällt in die Zeit der aufstrebenden europäischen Nationen, der Staat hatte im

NPM im Zürcher Schulwesen als prominentes Beispiel

Qualitätspostulate fallen bei Medien und Schule dem Sparen zum Opfer

Fortschritt im Bildungswesen hiess Einbindung in staatliche Aufgaben

## Akzent: Zukunft des Service public

Interesse der herrschenden gesellschaftlichen Schichten neue Aufgaben zu übernehmen, nicht zuletzt als korrigierender Kontrapunkt zur aufkeimenden Meinungsfreiheit der liberalisierten Presse. So gesehen kann man der Erschütterung, die die staatliche Volksschule gegenwärtig in der Schweiz erlebt, positive Züge abgewinnen. Ihre Deregulierung ist nötig, weil sie geschichtlich einige emanzipatorische Schritte hinter der Presse zurückliegt. Das heisst nicht, dass man deshalb das soziale Rad in vergangene Zeiten zurückdrehen muss.

Staatliches Engagement für Bildung diente faktisch auch zur Eindämmung der Meinungsfreiheit

Es ist kein Zufall, dass heute im Bildungsbereich zwei politisch entgegengesetzte Lager die Volksschulen deregulieren wollen. Die eine Seite fordert Wirtschaftlichkeit, die sich an der Zahl der Schüler misst, sie will Leistungsvergleiche anhand vorgegebener Standards. Diese politischen Kräfte glauben auch daran, dass ein Leistungslohn für Lehrkräfte das Schulsystem günstig beeinflussen werde. Das andere Lager, das die Staatsschule ebenfalls grundsätzlich kritisiert, schöpft seine Motivation nicht aus der wirtschaftlichen Argumentationstruhe. Ihre Anhänger möchten das finanzielle Dilemma und die soziale Ungerechtigkeit, die eine Privatisierung der Schulen mit sich brächten, mittels Bildungsgutscheinen oder mit einem Recht auf Steuerabzug auffangen. Sie operieren im Pädagogischen mit einem sozialeren Leistungsbegriff. Aber auch sie setzen sich dafür ein, Schulen vom Gängelband des Staates zu lösen.

Politisch entgegengesetzte Kräfte fordern Deregulierung der Schule

Einzelne Kantone haben ihre Schulgesetze in den letzten Jahren in diesem Punkt liberalisiert; sie signalisieren Bereitschaft, Privatschulen finanziell künftig eher zu unterstützen. Freilich werden sie dies wohl nur tun, wenn sie damit sparen können. Die Interessenallianzen und Schattenspiele in diesem Verteilungskampf sind aufschlussreich: Da kann es schon vorkommen, dass der Direktor einer sehr teuren und prominenten Internatsschule, der sich in Privatschulfragen politisch die Hände nicht schmutzig machen will, für sich die heissen Subventionskartoffeln aus dem Feuer holen lässt, wenn es darum geht, für kantonale entsprechende Regeln im Gesetz zu kämpfen – zum Beispiel durch den Vertreter einer wesentlich ärmeren Rudolf-Steiner-Schule.

Im Gegensatz zur westlichen Presse haben die elektronischen Medien – wie die Volksschulen – stets eine besondere Nähe zum Staat gehabt, besonders in den dreissiger Jahren. Zwar gab und gibt es verschiedene Formen, dieser Tatsache strukturell etwas entgegenzuwirken – wie in den kantonal (bzw. in Bundesländern) und gemeindlich organisierten Volksschulen auch. So hat man nach dem zweiten Weltkrieg die ARD bewusst föderalistisch organisiert, um auf diese Weise die zentralistische Macht staatstragender politischer Kräfte in den Medien zu brechen. Und die SRG erhielt eine privatrechtliche Form mit öffentlichem Auftrag. Zumindest im Fernsbereich erwuchs daraus eine Zwitterinstitution zwischen Staat und Kommerz, zwischen politischer Gebührenphilosophie und konsumorientiertem Werbegeld. Doch mittlerweile ist der öffentliche Auftrag dieser Anstalten derart weichgeklopft und uminterpretiert, dass man dessen Realisierung dann und wann mit der Lupe suchen muss. Italienische oder amerikanische Zustände kennen wir in der Schweiz nicht, weniger wohl der hehren staatspolitischen Grundsätze wegen als wegen der Kleinheit des Marktes der Werbefernseh Schweiz. Im Radiobereich, dem wesentlich kostengünstigeren und flexibleren Medium, entwickelte sich die Privatisierung schon in den frühen achtziger Jahren. Ich sehe keine gesellschaftlichen oder politischen Kräfte, die eine ähnliche Entwicklung im Fernsbereich in echt kreative, neue Bahnen lenken könnten. Der Markt und jene, die von ihm profitieren, werden ihr Verständnis von *Service public* wohl durchsetzen.

Elektronische Medien und Volksschulen haben eine grosse Staatsnähe